

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Notfalls auch mit Zwang

Der Kanzler will eine härtere Gangart einlegen. Die Botschaft an die Lobbys: "Lasst das Taktieren sein." Ein ZEIT-Gespräch mit Gerhard Schröder über Vorwürfe, Verbände und Verbündete /

Gunter Hofmann* *Josef Joffe* *Michael Naumann

Ich muss mir die Freiheit erkämpfen, gegen die Interessen der Einzelnen das Gemeinwohl zu definieren. Wenn man den Sozialstaat in der Substanz erhalten will, muss es ein Zurücknehmen der Ansprüche geben.

die zeit: Herr Bundeskanzler, wann treten Sie zurück?

Gerhard Schröder: Warum sollte ich? Diese Mehrheit und diese Regierung gibt es für vier Jahre - und den Bundeskanzler auch. Die Alternativen waren völlig klar: Schwarz-Gelb auf der einen, Rot-Grün auf der anderen Seite. Wir haben vor der Bundestagswahl niemanden im Zweifel darüber gelassen, dass wir Rot-Grün wollen. Wir haben eine Mehrheit für Rot-Grün bekommen.

zeit: Man hat nicht den Eindruck, dass dies zurzeit die fröhlichsten Monate Ihres Lebens sind.

Schröder: Regieren hat selten mit Freude zu tun, meistens mit Pflicht. Es ist aber auch keine Frage, dass ein Wahlkampf, der so auf eine Person zugeschnitten war, unendlich viel Kraft gekostet hat.

zeit: Sie hätten nach dem 22. September eine Woche Urlaub machen können.

Schröder: Das ging nicht. Ich hatte unmittelbar nach dem Wahlkampf Koalitionsverhandlungen zu führen. Ich musste für ein Personaltableau sorgen, das nicht ganz einfach war.

Hinzu kam dann, dass bei den Koalitionsverhandlungen eine Art Sucht vorherrschte, jedes Detail von Verhandlungen öffentlich werden zu lassen. Wenn dann nach der Detailkritik etwas korrigiert werden muss, entsteht der Eindruck, der entstanden ist.

zeit: Es ist ein Eindruck einer chaotischen Regierung entstanden, der es bei allen Beteiligten vor allem an einem mangelt: der Furcht vor dem Herrn.

Schröder: Ich habe nie den Anspruch gehabt, Furcht zu verbreiten. Respekt reicht mir. Meine Vorstellungen werden zunehmend deutlicher werden. Mir geht es um drei Leitlinien. Erstens: eine Außenpolitik, die der Souveränität des Landes gerecht wird, die bündnisfähig ist und bleibt, die aber gleichzeitig die Kraft und den Mut zur Differenzierung entwickelt. Zweitens: eine Wirtschaftspolitik, die Dynamik in der Wirtschaft verbindet mit sozialer Sensibilität. Drittens: eine aufgeklärte, tolerante Gesellschaft zu bewahren, ohne dass der Respekt vor den staatlichen Institutionen und die Behauptung des Gewaltmonopols in irgendeiner Form in Zweifel gezogen werden.

zeit: Die Union hat sich im Wahlkampf sozialdemokratisch geriert, zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung ist es nicht gekommen. Könnte das der Grund sein, dass jetzt auch Parteifreunde von Ihnen die klaren Linien

vermissen oder die Opposition Ihnen vorhält, Sie seien unehrlich gewesen?

Schröder: Das ist falsch. Richtig ist nur, dass es ein bisher nie gekanntes Maß an sozialer Demagogie auf der Seite der Union gegeben hat. Mit der Unternehmenssteuerreform haben wir - im Ausland sehr beachtet - dafür gesorgt, dass die Veräußerungsgewinne aus Beteiligungsverkäufen steuerfrei realisiert werden können. Das sollte die Deutschland-AG auflockern. Sie wissen wie ich, mit welcher hemmungslosen Demagogie die Union dagegen zu Felde gezogen ist - übrigens ohne dass die ihr zugeneigten Verbände entschieden widersprochen hätten.

zeit: Es scheint Sie auch persönlich verletzt zu haben, sodass ein Teil Ihrer jetzigen Wirtschaftspolitik wie eine persönliche Reaktion darauf wirkt.

Schröder: Das ist falsch. Aber noch einmal zum Beispiel der Körperschaftsteuer: Wir wussten, dass die Veränderung im System für eine Übergangszeit zu einem niedrigeren Körperschaftsteueraufkommen führen würde, kompensiert durch das Aufkommen aus der Kapitalertragssteuer. Auch dagegen ist polemisiert worden. Insofern stimmt es schon, dass der Wahlkampf - nicht von uns verursacht - äußerst unsachlich ausgetragen worden ist. Und das

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

hat es nicht erleichtert, deutlich zu machen, was nötig ist.

zeit: In der internationalen Presse ist häufig von der "deutschen Krankheit" die Rede: Deutschland als Schlusslicht in Europa.

Schröder: Das Deutschland-Bild, das in der ausländischen Presse häufig gezeichnet wird, ist falsch. Auch von der Brüsseler Kommission und von vielen Beobachtern wird übersehen, dass kein Land Europas und der Welt ökonomisch die Einheit zu verkräften hatte. Nur zwei Daten dazu: Wir verlieren jährlich real 0,6 Prozent Wachstumspunkte durch den Abbau der Kapazitäten in der Bauwirtschaft, vor allen Dingen im Osten, die im Einigungsboom aufgebaut worden sind. Und wir hätten bei den Rentenversicherungsbeiträgen - die unter Kohl übrigens schon einmal bei 20,3 Prozent waren - einen Beitragssatz von etwas über 17 Prozent, und nicht von 19,5 Prozent, wenn darin nicht so viele Lasten steckten.

zeit: Niemand wünscht sich sehnlicher, dass die Deutschen als Wachstumslokomotive wieder unter Dampf stehen, als unsere Nachbarn. Weil wir ein Drittel des EU-Sozialprodukts ausmachen, ziehen wir den Rest nach unten.

Schröder: Ich bin sehr für Wachstum, und wir arbeiten an der Beseitigung von Wachstumshemmnissen. Wir müssen aber auch klar machen, in welcher Weise Wachstum in Gesellschaften wie unserer erreichbar ist, ohne die soziale Qualität aufzugeben. Das wird auch die zentrale Auseinandersetzung der nächsten Zeit werden.

zeit: Das könnte der Kern der von vielen ersehnten, von Ihnen aber

bisher nicht gelieferten "Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede" sein.

Schröder: Es geht nicht um Blut, Schweiß oder Tränen, sondern um die Beschreibung dessen, was ist und was sein soll.

zeit: Die Rede kommt?

Schröder: Dem dient doch dieses Interview. Natürlich müssen wir im Arbeitsmarkt etwas verändern. Wir werden bei den Leistungen und Transfers Einschnitte machen. Wenn Sie allein in Nürnberg fast sieben Milliarden Euro kürzen, wie wir es getan haben, bedeutet das empfindliche Einbußen für diejenigen, die es angeht und die von wesentlich weniger im Monat leben müssen als wir vier hier in der Woche. Wir werden in der Gesundheitspolitik dafür sorgen müssen, dass Transparenz und Wettbewerb in das System kommen, und fragen, was gebraucht wird, und zwar für alle, um das medizinisch Notwendige zu leisten. Dazu müssen wir uns mit allen Interessengruppen anlegen. Und wir werden natürlich auch nicht medizinisch notwendige Ansprüche von Patienten zurücknehmen. Drittens müssen wir in die Qualität unseres Bildungssystems, vor allem in die Kinderbetreuung, massiv investieren. Das alles bedeutet, dass wir Zöpfe auch abschneiden müssen. Die Frage ist nur: Wie und zu wessen Lasten? Die Qualität dieser Gesellschaft ist gekennzeichnet dadurch, dass Lasten einigermaßen gerecht verteilt werden. Die zentrale Frage heißt: Mit welchen Maßnahmen lässt sich unter den Bedingungen globalisierter Wirtschaft Sozialstaatlichkeit aufrechterhalten?

zeit: Es geht in unserer wohlhabenden Gesellschaft um Grundsicherungen für jeden?

Schröder: Nicht nur. Jetzt sage ich etwas Ketzerisches: Man wird klar machen müssen, dass der berühmte Satz Lampedusas im Leopard, wonach sich alles ändern muss, damit es bleiben kann, wie es ist, die Leitlinie von Politik werden muss. Alle, die sich vor Veränderung fürchten, weil ihre soziale Rolle beeinträchtigt wird, werden sich fragen müssen, und wir müssen ihnen diese Fragen aufzwingen: Verlieren wir unsere soziale Rolle nicht gerade dadurch, dass sich nichts verändert?

zeit: Als Veränderer werden Sie im Moment nicht wahrgenommen.

Schröder: Dann ist es meine Arbeit, dafür zu sorgen, dass das wieder so ist. Und das wird auch so sein. Ich will keine "Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede" halten, weil ich von diesen Begriffen nichts halte. Diese ganzen Übertreibungen, auch diese Vergleiche mit Weimar, von angeblich bedeutenden Historikern, die es bei Licht betrachtet nicht sind, diese Verzerrungen habe ich wegzuwischen, und dahinter muss eine realistische Beschreibung des Zustandes unseres Landes stehen.

zeit: Sie müssen letztlich ein Austeritätskanzler sein, aber es fällt Ihnen schwer, so etwas auszusprechen. Und Sie müssen den Leuten sagen, dass wir an Grenzen gestoßen sind.

Schröder: Austerity ist auch wieder so ein Begriff, der historisch entlehnt ist. Es geht um eine realistische Beschreibung. Es geht darum, auch zu sagen, dass, was Sozialstaatlichkeit angeht, nichts, aber auch gar nichts mehr draufgesattelt werden kann. Im Gegenteil, wenn man den Sozialstaat in der Substanz erhalten will, unter völlig veränderten

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

weltwirtschaftlichen Bedingungen, muss es auch ein Zurücknehmen der Ansprüche geben. Und wenn das nicht freiwillig geschieht, muss die Regierung das erzwingen.

zeit: Die meisten haben erkannt, was geschehen muss. Aber bitte beim anderen. Da fragt man sich schon, wann endlich eine Rede, gar eine Predigt kommt: Macht euch ehrlich über euch selbst!

Schröder: Diese "Blut-Schweiß-und-Tränen-Reden" werden ja meistens von denen gefordert, die sie selber nicht halten mögen. Im Bündnis für Arbeit habe ich die Erfahrung gemacht, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber diesen Gesprächskreis und auch die Regierung dann und nur dann in Ordnung fanden, wenn sie sie jeweils für ihre Eigeninteressen instrumentalisieren konnten. Das ist dann aber kein Dialog mehr. Wie demokratisiert man also den Prozess? Ich will die Verbände nicht abschaffen. Die großen, mächtigen Mitglieder müssen ihren Verbandsoberen auch mal sagen: Lasst das Taktieren sein, was hier gemacht wird, ist schon in Ordnung.

zeit: Zu den Verbänden gehören auch die Gewerkschaften - mit überzogenen Tarifforderungen.

Schröder: Ich kann und will mich nicht in die Tarifverhandlungen einmischen. Wenn es dort einen Abschluss geben soll, der schnell ist, dann wird das nur einer sein können, der haushaltsverträglich ist. Und das liegt sicher weit unter dem, was die Gewerkschaften sich vorstellen. Jeder Vorsitzende wird auch überlegen müssen: Wie ist denn eigentlich die Bewertung meiner Gewerkschaft in der Öffentlichkeit?

zeit: Die Deutschen haben sich oft

als patriotisch erwiesen. Nur bei den Auseinandersetzungen zwischen den Verbänden und Parteien scheint genau dieses Element des Patriotismus zu fehlen.

Schröder: Ich denke, dass diese patriotische Gesinnung immer dann deutlich wird, wenn sie nicht organisiert ist. Wenn man versucht, Patriotismus über Verbände zu organisieren, geht es schief. Wenn man aber das Volk emotional auf eine Situation reagieren lässt, kommt etwas Gutes dabei heraus.

zeit: Ihr Vertrauter Peter Hartz wirft schon das Handtuch und zeigt auf die Gewerkschaften, die jeglichen Versuch stoppen wollen, Arbeit wenigstens in Teilbereichen billiger zu machen. Wo bleibt die Reform des Arbeitsmarktes?

Schröder: Peter Hartz hat einen Punkt genannt, ihn zugleich aber überzeichnet. Es geht um die Erleichterung der Leih- und Zeitarbeit. Unser System sieht so aus, dass man jedenfalls den Versuch machen sollte, es tariflich zu regeln, wobei es natürlich Tarifverträge sein müssen, die unter dem liegen ...

zeit: ... 30 Prozent etwa, sagt Hartz ...

Schröder: ... ich will keine Prozentsätze nennen. Sie müssen aber unter den normalen branchenüblichen Tarifverträgen liegen. Darüber müssen Personal-Service-Agenturen und Gewerkschaften sprechen, das wünsche ich mir.

zeit: Wären Sie bereit, sich mit den Gewerkschaften anzulegen, um eine Tarifauflockerung zu erreichen?

Schröder: Ich glaube, dass man

sich gar nicht anlegen muss.

zeit: Kündigungsschutz?

Schröder: Der Kündigungsschutz ist dadurch, dass es diese Personal-Service-Agenturen geben wird, kein so großes Problem mehr. Wichtige Kündigungsschutzbereiche werden durch diese Art der Leih- und Zeitarbeit faktisch außer Kraft gesetzt.

zeit: Der Kommissionsvorsitzende Hartz sagt, das Konzept sei gescheitert an der Mutlosigkeit der politischen Eliten.

Schröder: Ich schätze Peter Hartz sehr, außerdem bin ich mit ihm befreundet - ich hoffe, das schadet ihm nicht, wenn ich das sage. Nur: Jemand, der aus einem Unternehmen kommt und gewohnt ist, dass das, was ein Vorstand anordnet, exekutiert wird, hat das eine oder andere Problem mit den sehr viel schwierigeren und auch langwierigen politischen Prozessen. Leider kann ich dem Bundestag und auch der Koalitionsmehrheit nicht sagen: Hiermit ordne ich an, dass ...!

zeit: Die Schwerfälligkeiten in einem bis in den letzten Zipfel verwalteten Land sind inzwischen so groß, dass der normale Bürger merkt, die Hebel zu nötigen Veränderungen sind festgeschweißt.

Schröder: Der Befund ist in zwei Punkten richtig: Sie müssen alles, was Sie tun, durch einen Bundesrat bringen, der eine anders geartete Mehrheit hat. Das ist ein Nachteil, es ist aber zugleich ein Stückchen Machtbalance, die in einem Staat auch nicht zu unterschätzen ist, was die heilsamen Wirkungen auf den Umgang mit Macht angeht. Das System muss effizienter werden. Aber ich reihe mich nicht ein bei

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

denen, die nun zentralstaatliche Vorstellungen gegen den Föderalismus entfalten. Ich halte es aber für ein ernsthaftes, vielleicht sogar für das ernsthafteste Problem, dass sich die Menschen eingeeengt fühlen durch ein Übermaß an Bürokratie und eine obrigkeitstaatliche Haltung, die es bei uns immer noch zu häufig gibt.

zeit: Als Reaktion auf den Nationalsozialismus ist in diesem Land Macht diffundiert und dezentralisiert: "Keine Macht für niemand". Wer sorgt in diesem System für das Gesamtinteresse?

Schröder: Das kann nur die Regierung sein und die Parlamentsmehrheit, die sie trägt. Das versuchen wir gerade, Stichwort: Steuerpolitik und Arbeitsmarkt, aber die unterschiedlichsten Gruppen verteidigen sofort mit Zähnen und Klauen ihr jeweiliges partielles Interesse.

zeit: Müssen Sie ihnen zuhören?

Schröder: Zuhören muss ich. Aber ich muss mir die Freiheit erkämpfen, gegen die Summe der Einzelinteressen das Gemeinwohl zu definieren. Daher bekommen wir von allen Seiten Ärger. Das ist unschön, aber unumgänglich, damit müssen wir leben.

zeit: Ein richtiger Blockadefaktor ist der permanente Wahlkampf. Könnte man sich nicht ein System wie in Amerika vorstellen, mit Wahlen am selben Tag alle zwei oder vier Jahre?

Schröder: Es machte Sinn, die Legislaturperiode wie in den meisten Ländern auf fünf Jahre zu verlängern. Es ist aber auch sehr überlegenswert, die Hälfte der Wahlen in der Mitte der

Legislaturperiode und die andere Hälfte zusammen mit der Bundestagswahl abzuhalten.

zeit: Wie gehen Sie eigentlich mit diesem neuen Tonfall der Opposition um, mit dem Vorwurf der Lüge und des Betrugers?

Schröder: Ich glaube nicht, dass man bei vernünftigen Leuten mit solchem Klamauk auf Dauer eigene Qualität beweisen kann. Ich will aber sagen, woher das kommt. Es hat etwas mit dem Wahlkampf zu tun. Der war nach dem Urteil verständiger Beobachter sehr personalisiert und ist letztlich entschieden worden durch den Vergleich zwischen zwei Personen, zwischen Herrn Stoiber und mir. Und er ist zu unseren Gunsten entschieden worden. Deswegen ist es nun die Strategie der Union, wie ich sie wahrnehme, meine Integrität zu zerstören. Und darin ist sie völlig bedenkenlos. Es gibt da auch keinen Unterschied zwischen Frau Merkel und Herrn Stoiber.

zeit: Selbst die Frankfurter Rundschau spricht von einem "Tohuwabohu", einem "Dilettantismus, der nicht zu toppen ist".

Schröder: Ich beobachte schon sehr viel Aggressivität. So hat sie Willy Brandt erlebt, Helmut Schmidt weniger. Eine absolut negative Begleiterscheinung ist, dass diese Art der Aggressivität in der Sprache sich auch auf Menschen auswirkt, die sich nicht wehren können, zum Beispiel die Familie. Und wenn sie sich wehren, weil sie es nicht aushalten, richtet sich dann die gleiche Aggressivität gegen sie. Da sollte man vielleicht doch einmal überlegen, ob das zu einer zivilisierten Auseinandersetzung passt. Ich selber handele nach dem Motto: Mich könnt ihr mit dieser

Kritik gar nicht erreichen. Die übrige Kritik nehme ich genau wahr und halte einiges für berechtigt.

zeit: Was ist berechtigt?

Schröder: Die Kritik, dass der Entscheidungsfindungsprozess nicht in Ordnung war. Wir hatten lange genug Zeit, uns auf die Neuauflage der Koalitionsverhandlungen vorzubereiten. Und wenn steuerliche Vorschläge auf den Tisch kommen, deren wirtschaftliche Konsequenzen nicht hinreichend abgeklopft sind, kann man das besser machen.

zeit: Einer der Hauptvorwürfe lautet, Sie hätten sich im Vorfeld der Wahl nicht ehrlich genug über die wahre ökonomische Lage geäußert.

Schröder: Es wäre wirklich reizvoll, in einer großen Zeitung einmal analysieren zu lassen, wie denn die fast wöchentlich abgegebenen Prognosen der großen Forschungsinstitute und der internationalen Institutionen zur wirtschaftlichen Entwicklung seit Beginn dieses Jahres ausfielen. Sie sind von Quartal zu Quartal korrigiert worden. Daraufhin sind bestimmte Wachstumsraten angenommen und bestimmte Annahmen im Haushalt unterstellt worden. Die mögen sich im Nachhinein als überzogen darstellen. Sie waren aber das Ergebnis dieser Prognosen. Der Vorwurf, wir wären damit zu euphorisch umgegangen, ist falsch.

zeit: Jedenfalls kommt aus Brüssel demnächst der blaue Brief.

Schröder: Der Stabilitätspakt bietet, wenn man ihn vernünftig interpretiert, eine Reihe von Flexibilitäten. Wir sagen, wir wollen in einer konjunkturell schwierigen

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Lage, in der wir davon ausgehen, das Defizitkriterium zu überschreiten, dies auch bewusst machen, weil die Alternative weitere harte Einschnitte hieße. Das ginge im Jahr 2002 nur bei den Investitionen, was aber konjunkturpolitisch kontraproduktiv wäre. Deshalb verschulden wir uns. Wenn man nachweist, dass man das in absehbarer Zeit wieder in Ordnung bringt, gibt es zwar eine Intervention aus Brüssel, aber keine Strafe. Aber Ihre Frage führt ja weiter. Es gibt eine interessante Debatte, ob es angemessen ist, als einziges Kriterium die Defizitgrenze zu nehmen. Man könnte sich auch einmal fragen: Spielt die absolute Verschuldung, spielen Inflationsraten und spielt Arbeitslosigkeit nicht eine Rolle bei der Bewertung dessen, was ökonomisch vernünftig ist und was nicht? Ich glaube, dies und nicht die Aufweichung oder gar die Eliminierung des Paktes ist die richtige Diskussion.

zeit: Sie wollen das Korsett lockern?

Schröder: Ich möchte das Korsett flexibler machen, sodass man darin atmen kann. Wir wollen nicht weg vom Stabilitätspakt.

zeit: Zur Außenpolitik: Ist in Prag das Eis zwischen Deutschland und Amerika gebrochen?

Schröder: Wenn es eines gegeben hätte, in dem Maße wie behauptet, dann sicher. Auf beiden Seiten stand immer die Frage im Vordergrund: Was bedeuten wir füreinander bei der Lösung der zentralen Fragen? Und da war von Anfang an viel mehr an Gemeinsamkeit, als berichtet worden ist. Ich habe in Prag sehr deutlich gesagt, dass für mich der Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach wie vor Vorrang

hat. Die Taliban sind nicht besiegt, bin Laden lebt vermutlich, es gibt latente Bedrohungen. Deshalb konzentrieren wir unsere Kräfte auf die Bekämpfung solcher realen Gefahren. Das ist in Amerika verstanden worden.

zeit: Was sagt das militärische Establishment Europas und auch Amerikas dazu?

Schröder: Ich kann Ihnen das nicht sagen, aber wir halten uns nicht heraus. Im Gegenteil. Wir sind der zweitgrößte Truppensteller in der international legitimierten Bekämpfung des Terrorismus, und das werden wir auch bleiben. Für mich hat das, was in Afghanistan geschieht, auch etwas mit Legitimation unserer Politik zu tun, und zwar nach innen wie nach außen. Gleichzeitig beteiligen wir uns am Wiederaufbau Afghanistans. Das hat den Grund, den Völkern der Dritten Welt deutlich zu machen, dass es eine Dividende gibt für die Rückkehr in die zivilisierte Welt. Sonst gewinnen wir, wenn ich das so pathetisch sagen darf, keinen Frieden und verlieren die Seelen.

zeit: Der Knackpunkt mit Amerika aber ist der Irak. Warum die deutsche Ankündigung, auch bei einem klaren UN-Mandat nicht mitzumachen?

Schröder: Ein Grund ist der Schwerpunkt Antiterrorismus. Der andere Grund ist, dass Deutschland seine Kräfte auch aus legitimatorischen Gründen auf diese Auseinandersetzung konzentriert. Wir bauen darauf, dass man regionale Konflikte weniger konfrontativ als kooperativ lösen kann.

zeit: Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass Sie mit Ihrer Position an einen latent vorhandenen

Antiamerikanismus appellieren?

Schröder: Das geht völlig an der Sache vorbei. Erstens gibt es diesen Antiamerikanismus nicht. Wenn Sie sich einmal anschauen, wie stark sich manchmal auch gegenüber der eigenen Kultur, der amerikanischen Way of Life durchgesetzt hat, nicht zuletzt in der Jugend, dann ist es völlig abwegig, von Antiamerikanismus zu reden. Zweitens wäre ich der Verkehrteste, dem man unterstellen könnte, die Speerspitze eines solchen Antiamerikanismus zu bilden. Es ist mir ganz fremd. Meine erste studentische Aktion, die ich in Göttingen mitgemacht habe, war der Fackelmarsch aus Anlass der Ermordung von Kennedy.

zeit: Sie haben den Amerikanern einiges angeboten: Überflugrechte, Nutzung der Basen, vielleicht sogar Geleitschutz durch die Bundesmarine. Hätten Sie diesen Preis nicht vermeiden können, wenn Sie im Wahlkampf eine andere Sprache gesprochen hätten?

Schröder: Nein, das ist kein Preis, sondern eine Selbstverständlichkeit. Es gibt ein Truppenstatut, es gibt einen Stationierungsvertrag. Und selbst wenn es dort Interventionsmöglichkeiten gäbe, würde ich sie nicht nutzen. Ich will im Übrigen daran erinnern, dass ich zu keinem Zeitpunkt, auch nicht im Wahlkampf, gesagt habe: "Es gibt keine Überflugrechte." Das war jemand anderes.

zeit: Involviert werden wir so oder so: Jetzt meldet sich Israel mit der Bitte, Abwehrraketen vom Typ Patriot zur Verfügung zu stellen.

Schröder: Das System Patriot ist rein defensiv. Es bietet Schutz gegen Raketenangriffe. Die Sicherheit des Staates Israel und

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

seiner Bürger ist uns überragend wichtig. Wenn die israelische Regierung diesen Zuwachs an Sicherheit braucht, werden wir helfen - und zwar rechtzeitig. Das gebietet unsere historische und moralische Pflicht.

Das Gespräch führten Gunter

Hofmann,

Josef Joffe und Michael Naumann

Textdokumentation: Josef Hrycyk

Die ausführlichere Fassung finden Sie im Internet:

www.zeit.de/2002/schröder

Gerhard Schröder: "Ich wollte nie Furcht verbreiten. Respekt reicht mir." Im Interview: Gunter Hofmann, Josef Joffe und Michael Naumann (v. l.) /